

**Haushaltsrede zum Haushalt 2010 im Rat am 01.03.2010**  
**Agnes Niclasen, stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Grüne Brühl**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

in diesem Jahr habe ich die ehrenvolle Aufgabe, die Haushaltsrede für die Grüne Fraktion halten zu dürfen. Unser Fraktionsvorsitzender hat zwischenzeitlich mal ausprobiert, wie es sich so als Frau lebt. Es scheint ihn aber nicht überzeugt zu haben – ich freue mich, dass er wieder ganz der Alte ist. Leider ist er zwischenzeitlich erkrankt, aber wieder auf dem Weg der Besserung! Er wird hier bald wieder „Mitmischen“.

Nun zum Haushalt: Die Grünen sind froh, dass wir als Rat auch in diesem Jahr die städtischen Ausgaben selbstbestimmt verwalten können. Irgendwie hat das in den letzten Jahren immer geklappt, trotz Warnungen vor der Haushaltssicherung im Vorfeld.

Aber der Haushalt hat aus grüner Sicht eine deutliche Schiefelage. Die Bewältigung zweier großer Herausforderungen, denen sich auch die Kommunen stellen müssen, findet im Haushaltsentwurf nur bruchstückhaft statt: der Stopp des Klimawandels und die Herstellung sozialer Gerechtigkeit.

Ich komme zur ersten Herausforderung, zum Klimawandel.

Herr Bürgermeister, als Sie Ihre Rede zur Einbringung des Haushaltes hielten, fand zur gleichen Zeit in Kopenhagen die Weltklimakonferenz statt. Bedauerlicherweise kam in Ihren Ausführungen dieses Thema kein einziges Mal vor! Dass die Kommunen wesentlich zur Verhinderung der globalen Umweltzerstörung beitragen können und müssen, scheint Sie nicht zu beschäftigen. Dabei ist nach der gescheiterten Weltklimakonferenz klar, dass man auf einen großen Konsens nicht mehr hoffen kann. Wir müssen „vor Ort“ handeln. Global denken – Lokal handeln!

Die Grünen haben vor zwei Jahren einen Klimaschutzbericht für Brühl beantragt, als Grundlage für konkrete Schritte zur Reduzierung von Treibhausemissionen. Da die Stadt Brühl außerdem schon 1995 - unter Rot-Grün - dem internationalen Klimabündnis beigetreten war, haben wir als Stadt Verantwortung übernommen, sich um dieses wichtige Thema zu kümmern. Da die Ratsmehrheit sich der Verantwortung jedoch nicht bewusst war, wurde der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Im vorliegenden Haushaltsentwurf gibt es dazu wieder keine Ansatzpunkte. Dabei legt uns doch das neue kommunale Finanz-Management Werkzeuge in die Hand, um Kennzahlen und Ziele zu definieren, wie der CO<sub>2</sub>-Ausstoß in Brühl gemindert werden kann.

Ich zitiere: „Insbesondere den Kommunen kommt wegen ihrer Vorbildfunktion eine besondere Bedeutung zu. Durch eine Reihe von Maßnahmen können sie Treibhausgasemissionen reduzieren, somit dem Klimawandel entgegenzutreten und zudem Kosten sparen.“ Diese Erkenntnis aus Ihrem Mund, Herr Bürgermeister, sind wahre Worte aus Ihrer Rede zum HH 2007 am 7.5.2007. Wahre Worte, aber leider nur Lippenbekenntnisse. Denn Konkretes ist daraus aus eigenem Antrieb offensichtlich kaum erfolgt!

Dabei gibt es inzwischen Kommunen, die sich erfolgreich mit dem Klimaschutz beschäftigen und deren beispielhaftes Vorgehen übernommen werden kann. Man muss das Rad ja nicht neu erfinden. So hat die Stadt Tübingen sich einen umfassenden Fahrplan gegeben, wie man in zwei Jahren 10% CO<sub>2</sub> einsparen kann: mit konkreten Kampagnen zum Energiesparen, Spritsparen, Förderung von Mobilität ohne Auto, Einkaufen von Produkten aus der Region

usw. Der Bürgermeister dort hat sich und die Verwaltung an die Spitze der Bewegung gestellt und die Aktion zur Chefsache erklärt. Wir Grüne hier in Brühl bedauern, dass unter der aktuellen Mehrheit und mit dem derzeitigen Bürgermeister ein „Aktionskonzept – Brühl schützt das Klima“ scheinbar nicht möglich ist. Zwar sind bereits seit 2001 „Lokale Agenda-Projekte“ angelegt worden. Diese werden aber nur auf kleiner Flamme gekocht und wichtige Aufgaben wie z.B. eine konzeptionelle CO<sub>2</sub>-Minderung werden erst gar nicht angegangen. Man hätte schon in der Vergangenheit energische Anstrengungen anstellen müssen um den ÖPNV zu verbessern und um ein effektives Gebäudemanagement unter Energieeinsparprämissen einzurichten. Das war damals aber vom Bürgermeister und seiner Ratsmehrheit nicht gewünscht. Dem aufwändigen Beginn des Agenda-Prozesses mit öffentlicher Darstellung, Arbeitsgruppen und sogar einer kleinen Fachabteilung folgte nach und nach ein Ausdünnen in jeder Hinsicht. Übrig geblieben sind letztendlich faire Kamellen und fairer Kaffee. Auf die von Ihnen, Herr Kreuzberg, schon angekündigte Halbzeitkonferenz im Jahre 2011 sind wir jetzt schon gespannt.

Dass man zwischenzeitlich in Brühl damit begonnen hat, städtische Gebäude unter energetischen Gesichtspunkten zu sanieren, ist begrüßenswert – aber letztlich hauptsächlich dem Konjunkturpaket II zu verdanken. Die Kenntnis über die Notwendigkeit solcher Maßnahmen bestand bereits seit Beginn der Lokale-Agenda-Projekte. Inzwischen sind durch jahrelange Versäumnisse im Gebäudemanagement bereits Unsummen vermeidbarer Strom- und Wärmekosten angefallen und Unmengen CO<sub>2</sub> an die Umwelt abgegeben. Hier hätte man durch geeignete Maßnahmen, wie Wärmedämmung und Heizungsmodernisierungen langfristig Geld sparen und Treibhausmissionen mindern können. Wir stellen in diesem Zusammenhang fest, dass die Zuständigkeitsgemengelage von Stadtverwaltung, Gebäusie und Stadtwerken ein koordiniertes Agieren im Bereich energetisches Sanieren und energiesparendes Bauen erschwert. Im Interesse der Umwelt und letztlich im Interesse unseres Haushalts fordern wir, dass die Koordination und Initiative in die Hand eines „Nachhaltigkeitsfachmenschen“ gelegt wird, der die Fäden in der Hand hält, die geplanten Energieprojekte bündelt und für die Umsetzung verantwortlich ist. Da braucht es keine Neueinstellung! Wir sind sicher, dass der Bürgermeister im Rahmen des von ihm vor Jahr und Tag so hoch gepriesenen Personalentwicklungsplanes eine geeignete Mitarbeiterin oder Mitarbeiter im eigenen Hause finden würde. Im Übrigen gibt es auch in diesem Bereich Förderprogramme z.B. die Beratung durch die Energieagentur NRW oder das Wuppertal-Institut, welches soeben eine CO<sub>2</sub> -Minderungsstudie für die Kreisverwaltung erarbeitet hat. Ihre Stadtverwaltung, Herr Bürgermeister, springt doch zur Zeit auf alle möglichen Förderzüge gerne auf, warum nicht auch auf diesen?

Ein weiterer Bereich, in dem man den Ausstoß von Treibhausgasen einsparen kann, ist der Verkehrsbereich. Trotz aller medienwirksamer Aussagen zu Brühl als fahrradfreundlicher Stadt, zur Kinderunfallkommission und stolze Besitzerin eines Stadtbussystems denken und planen die Stadtspitze und die Mehrheitsfraktionen unter rein automobilen Aspekten. Oder man organisiert eine „möglichst ungehinderte Zuleitung des Individualverkehrs“, wie Sie, Herr Bürgermeister, es elegant in Ihrer Haushaltsrede zum HH 2005 formuliert hatten. An eine dringend nötige Ausweitung des Stadtbussystems z.B. in die Neubaugebiete in Eckdorf/Geildorfer Feld oder nach Schwadorf, oder eine Anbindung der beiden Bundesbahnhöfe, ist nach wie vor nicht zu denken. Die Aufarbeitung einer umfangreichen Mängelliste der Brühler Radwege kommt nicht voran, bzw. die Liste wird sogar unter Verschluss gehalten. Da konnte auch grünes Nachbohren im Verkehrsausschuss nichts erreichen. Notwendige Sicherheitsmaßnahmen, wie die von uns (und der BVB) beantragte und von der Verkehrsausschussmehrheit beschlossene Beleuchtung des Radweges an der Willy-Brandt-Str. sind von der Ratsmehrheit nicht gewollt.

Stattdessen hören wir in der Haushaltsrede des Bürgermeisters eine bittere Klage über Rowdytum bei Radfahrern. Solches Verhalten verurteilen wir auch, aber es wäre fair gewesen, wenn Sie, Herr Kreuzberg, auch auf die Gefahren hingewiesen hätten, denen Radfahrerinnen und Radfahrer tagtäglich durch rücksichtsloses und nachlässiges Autofahren ausgesetzt sind. Die Radler sind die schwächeren Verkehrsteilnehmer, nicht die Kraftfahrer. Es stellt sich überdies die Frage, ob Ihre verbale und zudem einseitige Zuspitzung der Verhältnisse in der Sache überhaupt hilfreich ist.

In Brühl werden andere Prioritäten gesetzt: da ist die Aufhübschung des Steinwegs! Wir geben 180.000 € aus, um aus der Einkaufstraße eine Rambla zu machen. Mit diesem Geld könnten wir eine Stadtbuslinie nach Schwadorf mehrere Jahre lang betreiben.

Da ist das geplante Parkdeck in Kierberg: Dort soll in den nächsten Jahren viel Geld, die Rede war von 100.000 € zum Bau von 16 PKW-Stellplätzen ausgegeben werden! Auch hier könnte man Mittel einsparen, indem man gemeinsam mit den Betroffenen eine Lösung sucht. Es gibt ja schon die ersten Proteste von Anliegern gegen den Ausbau des Parkplatzes. Und nebenbei bemerkt: ich höre schon in meinem Geiste Eckdorfer, Badorfer oder Heider BürgerInnen, die auch gerne eine bequemere Abstellmöglichkeit für ihre Autos hätten....Wie wollen Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen der CDU und FDP, den Menschen vermitteln, dass das in Kierberg geht, in Eckdorf aber nicht? Wie wollen Sie sich dem Gleichheitsgrundsatz versperren?

Klimaschutz wirkt in viele Bereiche hinein. Das gilt im Übrigen auch für die Erweiterungspläne des Phantasialandes. Hier wertvollen Wald zu opfern ist klimaschädlich! Da geben wir der ehemaligen Landesumweltministerin Bärbel Höhn Recht, die im vorletzten Jahr bei einem Besuch im Brühler Vilewald sagte: 50.000 Bäume sind 50.000 Klimaschützer! Vielleicht haben Sie, Herr Bürgermeister, und Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU, ja aufgrund Ihrer Zugehörigkeit zu einer Partei, die das „Christlich“ im Namen trägt, eine besondere Beziehung zu Petrus und hoffen, dass der Klimawandel an Brühl vorbei gehen wird? Diesen Optimismus können wir leider nicht teilen!

Ich komme zur zweiten gesellschaftlichen Herausforderung, der Brühl sich leider nur halbherzig stellt: der Sozialen Gerechtigkeit. Dies erfordert eine aktive Sozialpolitik!

Dazu gehört, dass Brühl auch eine wirklich familienfreundliche Stadt werden soll. Der Bürgermeister betont, dass Brühl eine sei. Aber wenn es darum geht, Reden in Handeln umzusetzen, zeigt er Schwächen. Was ist denn aus dem Bündnis für Familien geworden? Es gab vor einigen Jahren eine Auftaktveranstaltung mit Pomp und Trara. Die daraus resultierenden Arbeitskreise und Lenkungsgruppen - am Anfang noch rege - dümpelten mit der Zeit vor sich hin. Der Bürgermeister hatte das dann zu seiner Chefsache erklärt und in „sein“ Wirtschaftsförderungsdezernat übernommen. Und seitdem ist bis auf eine kleine Infoveranstaltung im Hotel Matamba gar nichts mehr passiert. Auch die von den Grünen beantragte Zertifizierung der Stadtverwaltung als familienfreundlicher Betrieb steckt wohl in irgendwelchen Schubladen. Man ist noch dabei, Kostenvoranschläge für diesen Prozess hereinzuholen. Es geht nicht voran und das ist sehr bedauerlich. Auch hier hätte die Stadtverwaltung die Chance, ein kreatives Vorbild zu sein. Wie kann man von Betrieben und Firmen Familienfreundlichkeit erwarten, wenn die Stadt selber nicht vorangeht? Von Familienfreundlichkeit zu reden ist das Eine, familienfreundlich zu sein das Andere.

Herr Bürgermeister, Sie wollen Ihr Augenmerk verstärkt auf präventive Arbeit bei den Erziehungshilfen legen. Das ist richtig und sinnvoll. Aber nicht ausreichend. Wir müssen uns

auch verstärkt um diejenigen kümmern, die sozial benachteiligt sind. Es reicht nicht aus, nur den Kindern zu helfen. Das ist zu kurz gedacht, wir müssen uns auch um deren Eltern bemühen. Dazu gehören z.B. angemessene Hilfestellungen im psycho-sozialen Bereich für Hartz IV-BezieherInnen, denn da sind die ARGEN völlig überfordert. Aber den Antrag zur Konzepterstellung für eine Arbeitslosenberatungsstelle, gerne auch interkommunal, haben die Grünen wegen erwarteter Erfolglosigkeit erst gar nicht gestellt. Denn dafür ist bestimmt kein Geld da oder der Kreis ist zuständig!

Herr Bürgermeister, zeigen Sie sich solidarisch, engagieren Sie sich für sozial Benachteiligte und unterstützen Sie die Einrichtung eines Ehrenamtsnetzwerkes!

Es braucht einen nur kleinen Kreis von Menschen, der die angebotenen Hilfestellungen aus der Bevölkerung bündelt und steuert und weitere Maßnahmen initiiert. Auch eine soziale Bürgerstiftung wäre eine Möglichkeit. Beides kostet nicht viel, ist aber effektiv. Meine Erfahrung mit Brühler Bürgern sagt mir, dass es in Brühl genügend Menschen gibt, die sich in diesem Bereich ehrenamtlich engagieren wollen.

Es ist klar, die Kommunen haben wenig finanziellen Handlungsspielraum, das betrifft auch unsere Stadt. Aber dieser muss effektiv genutzt werden! Es ist deshalb für uns ein ganz falsches Signal, wenn die Ratsmehrheit einen Zuschuss von 10.000 € für die katholische Ehe-Lebens- und Familienberatungsstelle verweigert, - übrigens die einzige Beratungsstelle dieser Art in Brühl - aber stattdessen keine Not hat, 10.000 € für Stiefmütterchen für die Verkehrskreisel auszugeben. Es wird beteuert, dass man die Unterstützung ja gerne leisten würde, aber da sei ja der Rhein-Erft-Kreis für zuständig. Und dieser verweist zurück auf die Kommune. So geht der Verschiebepark weiter, auf Kosten von Ratsuchenden, denen unverzüglich geholfen werden müsste. Peinliches Schauspiel! Wenn Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen der CDU und der FDP, ratsuchenden Menschen die Hilfe verweigern wollen, sagen Sie das bitte klar und deutlich! Aber dann bringen Sie bitte auch den Mut auf und stehen Sie öffentlich dazu, anstatt sich hinter fadenscheinigen Formalien zu verstecken.

Brühl wird Kindertagesplätze für Kinder unter 3 Jahren schaffen müssen, um 2013 die gesetzlich vorgeschriebene Anzahl anbieten zu können. Dies wird viel Geld kosten. Aber es ist gut angelegtes Geld. Dass hier die Kommunen aber bei der Finanzierung mehr oder weniger alleine gelassen werden, obwohl sie hier Bundesgesetze erfüllen müssen, ist skandalös. In diesem Zusammenhang fallen mir die Klagen des CDU-Fraktionsvorsitzenden Herrn Klug bei den Haushaltsberatungen ein, der sich über diesen Umstand sehr echauffierte. Herr Klug, es fällt mir schwer, Ihre Äußerungen nicht als Krokodilstränen zu bewerten. Sind es doch Ihre Parteikollegen in Bund und Land, die für die Misere verantwortlich sind! Wenn Ihnen das wirklich ein Dorn im Auge wäre: Warum machen Sie Ihren Kollegen in Berlin nicht Beine, an diesem Zustand etwas zu ändern? Oder warum wenden Sie sich nicht an den Ministerpräsidenten und fordern, dass die Bundesmittel aus dem Kinderfördergesetz endlich an die Kommunen weitergereicht werden? Anstatt zuzusehen, wie das Land das Geld für sich einsackt. Dagegen gibt es seit einigen Monaten eine Verfassungsbeschwerde von Kommunen wie z.B. Leverkusen, Solingen oder Hürth. Warum haben Sie im Rat keinen Antrag gestellt, sich solidarisch zu zeigen und sich daran zu beteiligen? Lassen Sie sich bei Ihrem Wort nehmen und zeigen Sie Flagge!

Zum Schluss noch ein paar Sätze zum politischen Umgang und zum Klima im Rathaus.

Mit Befremden nehmen wir wahr, dass sich seit einigen Jahren der Modus der Haushaltsberatungen geändert hat. War es früher noch Usus, dass die einzelnen Haushaltsposten in den Fachausschüssen vorberaten und danach im Hauptausschuss beschlossen wurden, hat sich jetzt die Vorgehensweise umgekehrt: Die Anträge werden im Hauptausschuss beraten und die fachliche Abstimmung in den Fachausschüssen werden regelmäßig mit dem Hinweis ausgesetzt, dies sei ja schon im Hauptausschuss erledigt worden. Eine Diskussionskultur unter fachlichen Aspekten scheint wohl nicht erwünscht.

Ähnliches gilt für Neuerungen innerhalb des Rathauses. So erfuhren die städtischen Angestellten von der geplanten Schließung der Kantine über die Haushaltsrede des Bürgermeisters, bzw aus der Presseberichterstattung danach, statt direkt vom Verwaltungschef. Herr Kreuzberg: eine solche Entscheidung gehört in eine Personalversammlung, bevor sie an die Öffentlichkeit kommt.

Wie sieht denn das Arbeitsklima unter den Beschäftigten aus? Der Spitzname „Kurfürst“ für Sie, Herr Bürgermeister, ist mir aus dem Rathaus schon des Öfteren zu Ohren gekommen. Haben Sie sich denn mal gefragt, woher ein solcher Titel kommt? In diesem Zusammenhang: Wurde in der Verwaltung schon mal eine Mitarbeiter-Zufriedenheitsuntersuchung durchgeführt? In der freien Wirtschaft ist das bei modernen Firmen inzwischen üblich. Es gibt zuverlässige Verfahren, die Vergleiche mit anderen Kommunen ermöglichen und Verbesserungspotenziale aufzeigen. Das gehört heute zur modernen Mitarbeiterführung.

Ihre jüngste Entscheidung, eine neue Dezernentenstelle zu schaffen und sie hausintern zu besetzen, scheint mir ein weiterer Beleg für Ihre Personalpolitik nach Gutsherrenart zu sein.

Grundsätzlich ist gegen eine Besetzung mit einer fachlich qualifizierten Kraft ja nichts einzuwenden. Aber die Schaffung dieser zusätzlichen Dezernentenstelle ist fragwürdig, nachdem der frühere Technische Beigeordnete kündigte und die Nicht-Wiederbesetzung als fachlich vertretbare Sparmaßnahme verkauft wurde. Nun, wer es werden soll, da gibt es offenbar schon klare Mehrheitsvorstellungen und dieser Mitarbeiter ist als ihr Büroleiter wohl auch angesehen. Nach meiner Kenntnis liegt sein Qualifikationsschwerpunkt allerdings im Verwaltungsbereich, weswegen seine Nominierung für die Stelle eines Technischen Beigeordneten für den Fachbereich Stadtplanung, Bauordnung, Tiefbau eine glatte Fehlbesetzung ist. Aber fehlende Qualifikation kann im Zweifel ja durch externe Beratung eingekauft werden. Ach ja, sollte jetzt das Argument folgen, dass die notwendige Qualifikation schon in den Fachbereichen vorhanden sei, dann sollte die Frage erlaubt sein, warum diese Qualifikation nicht durch eine entsprechende Stellenbesetzung honoriert wird.

Wir haben hier in Brühl ja ohnehin die Erfahrung gemacht, dass die fachlich guten Dezernenten die Stadt verlassen, weil sie überqualifiziert sind. So hat das jedenfalls der Bürgermeister im letzten Hauptausschuss kundgetan. Interessante Logik! Was sagt das denn über die noch verbliebenen Dezernenten aus?? Oder müssen wir davon ausgehen, dass auch diese die Stadt verlassen, sobald sie überqualifiziert sind? Jedenfalls können wir weder einen fachlichen noch einen sachlichen Grund für eine neue Dezernentenstelle mit dieser Personalentscheidung erkennen. Eine solche finanzielle Mehrausgabe kann man sich wirklich sparen! Wir sind im Übrigen gespannt, was der Regierungspräsident dazu sagen wird! Jedenfalls drängt sich hier der Verdacht auf, dass es sich hier schlicht um die Aufblähung eines kurfürstlichen Hofstaates handelt, um mal bei dem Vergleich von eben zu bleiben.

Als letzten Punkt in diesem Zusammenhang möchte ich noch Ihre Antrittsrede, Herr Bürgermeister, in Erinnerung rufen, in der Sie die „neuen Gesichter“ im Rat ausdrücklich

begrüßten. Das war ja auch eine nette Geste, mit der Sie um einen guten Umgangston werben. Leider kam kein Willkommensgruß für die neue Fraktion „Die Linke“ über Ihre Lippen. Mir ist schon klar, dass Sie über diese Erweiterung nicht begeistert sind, aber es hätte Stil gehabt, wenn Sie auch diese demokratisch gewählte Fraktion ausdrücklich begrüßt hätten – ihr Schweigen dazu empfand ich als sehr kleinlich.

Die Rede beenden möchte ich mit der bekannten Indianerweisheit

„Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt“

Wir in Brühl müssen noch mehr nach dieser Maxime handeln

– der aktuelle Haushaltsentwurf lässt dieses leider vermissen.

Dass wir den Haushalt 2010 ablehnen werden, versteht sich nach meinen Ausführungen von selbst!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!